

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme im Voraus 2,00 M., bei Nachnahme 2,20 M., bei Vorbestellung 2,00 M. Einzelhefte 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abbestellen und Anzeigen nehmen wir jeder Zeit entgegen. Im Falle der Abnahme des Bezugspreises, ist die Rückzahlung des Bezugspreises nicht möglich. — Rückzahlung erbeten. —

Abbestellen: Die Redaktion, Wilsdruff Nr. 40. Fernsprecher: Nr. 6. Anzeigen: Die Redaktion, Wilsdruff Nr. 40. —

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 298 — 46. Jahrgang — Leipzig, Abt. 1, „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden — 2640 — Freitag, den 23. Dezember 1927

Zimmer Nr. 40.

Wir Deutsche haben im allgemeinen während des Krieges — vielleicht auch später — viel zu wenig erfahren, was im Kriege hinter den Kulissen geleistet worden ist. Vielebändige Werke könnten darüber geschrieben werden, was alles geschehen ist, um den Feind an seinen verwundbarsten Stellen zu packen. Natürlich ist so manches versucht worden, was zur Erfolglosigkeit verurteilt war. Der Versuch, von Tripolis aus Ägypten zu revolutionisieren, die Durchbrechung der englischen Blockade vor Deutsch-Ostafrika, der Flug des Zeppelinluftschiffes von Sofia bis Abartum — alles das sind Dinge, über die man im allgemeinen recht wenig unterrichtet ist. Ebenfalls wenig unterrichtet ist die deutsche Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Flotte während des Weltkrieges. Man hörte von Vorstößen gegen England, mit allgemeinem Jubel wurde der Sieg am Stageraff aufgenommen, aber, was die Flotte während des Weltkrieges in Summen, im Heeresbericht nicht erwähnten Vorfälle berichtet, davon singt kein Sänger, spricht kein Heeresbericht. Und nun versucht man, ihre Tätigkeit noch zu einer ganz vergeblichen hinzustellen, indem man die englische Marineleitung angeblich bis ins letzte unterrichtet gewesen sei über das Auslaufen und die Einfahrt auch nur des letzten Minendampfers. Ein Unteroffizier, der beim Untergang eines Schiffes den Wehrmarchen an sich presste, soll die Ursache gewesen sein, daß die englische Admiralität jeden Funkpruch der deutschen Flotte entzifferte, genau darüber unterrichtet war, wenn irgendein Schiff, wenn sogar die Flotte ausließ, den Engländern Rufen. So gar ein Projekt in Deutschland hat sich darüber entworfen, ob der Kommandant jenes Schiffes, das vor den finnischen Schären unterging und dessen Wehrmarchen Lloyd George behauptet erhalten zu haben, seine Pflicht erfüllt hat oder nicht.

Wir Deutsche waren auch auf der Höhe. Auf der Funkstation Neumünster, der Marinenaufklärung, wurden sämtliche feindlichen Funkprüche zusammengefaßt; es war das deutsche Zimmer 40, genau so, wie die englische Admiralität Geheimnisball und Geheimnisse verbergend von ihrem Zimmer 40 spricht, wo die feindlichen Funkprüche entziffert wurden. Und nicht ohne Erfolg war die Arbeit der Deutschen, die sich an die Entzifferung der feindlichen Funkprüche machte. Es war geradezu primitiv, wie der Russe in den Septembertagen 1914 versuchte, mit der Nachbararmee, die bei Tannenbergnachricht wurde, in Verbindung zu treten. Wichtig war die Arbeit der Funkstation Neumünster, die man dem in den letzten Tagen so berühmt gewordenen „Zimmer 40“ entgegenstellen will. Dort wurden von angehenden Persönlichkeiten die englischen Funkprüche ebenso bearbeitet wie die französischen und die russischen. Nicht bloß, daß selbstverständlich die in offener Sprache gegebenen Funkprüche umgehend der Heeresleitung zugefand wurden, sondern bald waren wir über die englischen Schiffsbewegungen, wodurch natürlich das Verhalten der deutschen Flotte orientiert wurde, in einer Weise unterrichtet, daß die deutsche Flottenleitung ihre Gegenmaßnahmen treffen konnte. Es dauerte freilich nicht lange — und das gilt für die englische Seite genau so wie für die deutsche —, daß die Gegenseite es bemerkte, daß der Gegner über die selbstverständlich in diffizilem Text ausgearbeiteten Befehle unterrichtet war. Und jener Unteroffizier, der tief unter dem Meerespiegel das Geheimnis der „Angsburg“ ans Herz presste und zum unfeindlichen Überbringer des deutschen Geheimdienstes wurde, ist nur ein Mann, der unfeindlich dem feindlichen Heeresdienste Unterhändlung gewährte.

Bisher wußte man es ganz genau, daß die deutsche Admiralität ihre Schiffe jeden Monat wechselte; auch die Admiralität wußte, daß ihre Funkprüche in kurzer Zeit entziffert werden würden. Aber die Engländer sollen sich nach dieser Richtung hin nicht großtun; die Routine der deutschen Dolmetscher war bald so groß, daß es gelang, die Schlüssel zur englischen Chiffrierung sehr bald zu finden. Leider ist das in einer vielleicht zu großen Öffentlichkeit geschehen. Wenn natürlich auch kein Fremder das eng mit Starstrom umschlossene Feld betrat, so ist doch leider von Unbedachten deutschen Espionen gegenüber allzu offenherzig alles mögliche mitgeteilt worden. Alles ist die deutsche Station Neumünster, das deutsche „Zimmer 40“, um seine Tätigkeit Unberufenen und den Espionen gegenüber zu verschleiern. Das ist auch kein Wunder. Aber wenn jetzt so viel Wesens gemacht wird vom englischen Geheimdienst, so soll doch nicht vergessen werden, daß von deutscher Seite alles Notwendige geschah, um der Arbeit der Gegenseite Gleichwertiges entgegenzusetzen; und wir Deutsche haben keine Veranlassung, den Mittelungen oder den Märchen der Gegenseite Glauben zu schenken.

Die Senkung der Lohnsteuer ab 1. Januar.

Amliche Berechnungstabelle.
Durch das vom Reichstag verabschiedete Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes wird die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab gesenkt, und zwar 1. durch Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer um 15 Prozent, höchstens um 2 Mark monatlich, 2. durch Erhöhung der Klein-

Die Landwirtschaft an der Jahreswende

Berlin, 22. Dezember. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele hielt heute im Berliner Rundfunk einen Vortrag über „Die Landwirtschaft an der Jahreswende“. Der Minister wies einleitend darauf hin, daß er in großen Zügen die Ergebnisse des Jahres 1927, die für die gegenwärtige Lage entscheidende Momente und schließlich die wichtigsten Arbeitsziele der nächsten Zukunft kennzeichnen werde. Milliarden am Kapital und Hunderte von Millionen Arbeitsstunden seien, so fuhr der Minister dann u. a. fort, von den landwirtschaftlichen Betrieben für die nächste Ernte angewendet. Betroge doch allein die Menge des Brotgetreide-Saates, das unsere Landwirtschaft alljährlich im Herbst und Frühjahr dem Boden übertrage, annähernd 850 000 Tonnen. Mengemäßig seien die Ernterückstände im Sommer dieses Jahres wenigstens etwas besser als 1926. Ingesamt sei die Brotgetreideernte um annähernd eine Million Tonnen größer als im vorigen Jahre. Auch die Kartoffelernte übersteige die des Vorjahres um 27 Prozent, aber dieser mengenmäßige Gewinn gehe zum großen Teil dadurch verloren, daß qualitativ die Ernte fast aller Früchte durch die schweren Unwetterkatastrophen erheblich gelitten habe. Immerhin rechtfertige der Ausfall der Ernte die Feststellung, daß zu einer Verringerung hinsichtlich der Versorgungslage der städtischen Bevölkerung kein Anlaß vorliege. Auf dem Gebiete der Viehhaltung lägen die Verhältnisse wesentlich trüber. Die Viehpreise seien in den letzten Monaten ständig zurückgegangen. Die Schweinepreise insbesondere seien weit unter die tatsächlichen Erzeugungskosten gesunken. Besonders bedauerlich sei es, daß der Konsument von den gewaltigen Opfern, die die Landwirtschaft infolge der niedrigen Viehpreise fortwährend bringe, wenig verführe. Es bedeute eine Großtat der Landwirtschaft, trotz der Rückschläge der vergangenen Jahre den Viehbestand wieder auf ein der Vorkriegszeit angemessenes Maß gebracht zu haben. Gerade die neue Entwicklung unserer Handelsbilanz beweise aufs deutlichste, daß wir noch weit entfernt seien von gesunden und ausgeglichenen Marktverhältnissen. Nur eine auf die Förderung der heimischen Produktion gerichtete Wirtschaftspolitik könne die Gefahren abwenden, die uns für unsere Finanzen und für unsere Währung aus der andauernden Passivität drohen.

Gedächte man die Roggen- und die Kartoffelproduktion und die auf ihr beruhende Schweinezucht oder gebe man sie sogar frei, so zerstöre man jede aufbauende Arbeit im Osten. Die schwersten Gefahren seien über unser nationalpolitisch bedrohtes Schicksal herauf, dessen wirtschaftliche Lage schon heute einer Katastrophe zueilte. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf den gestrigen Ministerrat hin, und stellte dann weiter fest, daß das entscheidende Merkmal für die gegenwärtige Situation unserer Landwirtschaft die Tatsache sei, daß eine erschreckend große Anzahl der Betriebe mit Verlust arbeite. Die fortwährende Unterabstufung der Betriebe sei die Quelle aller wirtschaftlichen Nöte der ländlichen Bevölkerung. Die Folge dieses Notstandes seien Milliarden-Verluste, die die Landwirtschaft in den vergangenen Jahren erlitten habe. Die Finanzkraft stehe in einem völligen Minderstandnis zu den heutigen Betriebsergebnissen. Niemand dürfe es wagen, von einer Schuld der Landwirtschaft an den gegenwärtigen Verhältnissen zu sprechen. Die großen Arbeitsziele der nächsten Zukunft erblicke er in unablässiger technischer Verbesserung und Rationalisierung der Betriebe und des Abzuges sowie in der Standortförderung und einer Qualitätssteigerung der Produkte. Durch Reichsbauhaltungslehre werde auf fünf Jahre ein Betrag von jährlich sechs Millionen Mark bereitgestellt werden, um den Zinsdienst von 150—200 Millionen Mark landwirtschaftlichen Restitutionskapital auf tragbare Höhe zu verbilligen. Die hierdurch ermöglichten landesulturellen Maßnahmen gehörten zu den drängendsten Rationalisierungsaufgaben. Sie seien viel-

betragsgrenze auf 1 Mark monatlich. An der bisherigen Berechnung der Steuer ist nichts geändert worden, die Steuer ist in der gleichen Weise wie bisher zu errechnen und abzurufen. Der so ermittelte Steuerbetrag ermäßigt sich aber vom 1. Januar 1928 ab um 15 Prozent, jedoch höchstens a) um 2 Mark monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate, b) um 0,50 Mark wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, c) um 0,10 Mark täglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage, d) um 0,05 Mark wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei angefangene oder volle Arbeitstage. Es werden amtliche Tabellen und zwar getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und wöchentliche Lohnzahlung, herausgegeben, aus denen der Arbeitgeber für jeden Lohnbetrag und für jeden Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer ohne irgendwelche nähere Berechnung ablesen kann. Die beschriebene Ermäßigung gilt ganz allgemein ohne Rücksicht darauf, ob die Steuer nach den geltenden Vorschriften im einzelnen Falle nach dem System der festen Beiträge, nach dem prozentualen System oder in Pauschalbeträgen zu berechnen ist. Jedoch bestehen hier zwei Ausnahmen: a) bei einmaligen Einnahmen, die neben laufenden Beiträgen gewährt werden (z. B. Entlohnungen, Gratifikationen u. dergl. § 73 EStG.) tritt eine Ermäßigung bei den einmaligen Einnahmen nicht ein; die Ermäßigung beschränkt sich auf die laufenden Beiträge; die einmaligen Einnahmen werden also ganz wie bisher besteuert, b) wird der Arbeitslohn nicht nach Zeitabschnitten gezahlt und daher in jedem Falle 2 Prozent oder — bei Heimarbeitern — 1 Prozent vom vollen Arbeitslohn als Steuer einzubehalten (§ 74 EStG.), so ermäßigt sich die Steuer stets um 15 Prozent

noch die unerlässliche Vorbereitung für die Befriedung und würden neue bodenständige Arbeiten schaffen. Die Landwirtschaft lenne keine Arbeitslosigkeit, sondern leide geradezu unter Arbeitsnot und sei fast noch unbegrenzt aufnahmefähig für neue Arbeitskräfte, sobald sie leistungsfähig und entwicklungsfähig werde.

Annäherung Berlin—Paris.

Goesch bei Briand.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Goesch, ist dieser Tage von seinem mehrtägigen Aufenthalt in Berlin zurückgekehrt. Er hatte eine Unterredung mit Minister des Äußern Briand. Sie diente der Fortsetzung des deutsch-französischen Meinungs-aus-tauschs über eine Reihe schwebender Fragen, die schon früher Gegenstand der Unterhaltung zwischen dem deutschen Botschafter und dem französischen Minister des Äußern waren und auch in Genf zwischen Minister Briand und Reichsminister des Äußern Dr. Solfmann zur Erörterung standen. Zu dem Besuch führte der rechts-kehrende „Matin“, der Botschafter habe sicher von Berlin den Eindruck mitgebracht, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in diesem Augenblick sehr befriedigend seien, wie übrigens auch die zahlreichen Schritte zur Annäherung, die vor dem Abschluß von Handelsabkommen länden, dies bewiesen.

Sicher sind derartige Andeutungen nicht zu unterschätzen, zumal, wenn sie in einem Blatte auftauchen wie dem „Matin“, der sich bisher fast stets bemüht gekümmert hat, seiner Abneigung gegen alles Deutsche unverhohlenen Ausdruck zu geben. Aber bei aller Befriedigung in Paris sollte man doch verstehen, daß Affären wie die mit dem vielbesprochenen kranken

Hindenburg-Plakat

nicht gerade geeignet sind, die Verständigungsneigungen bei den Deutschen zu stärken. In der Unterredung, die der deutsche Botschafter mit Briand hatte, kam auch diese Angelegenheit zur Sprache. Briand konnte den Standpunkt der französischen Regierung nicht endgültig festlegen, da aufsehend die Erwägungen innerhalb des Kabinetts noch nicht abgeschlossen sind. Die Aussprache in der Presse und in den Parteien dauert an. Briand ließ dem Vernehmen nach durchblicken, daß ein Einschreiten gegen das Plakat durch die französische Gesandtschaft sehr erschwert sei. Botschafter v. Goesch wies natürlich energisch auf die Notwendigkeit hin, das deutsche Empfinden so sehr verletzende Plakat zu verbieten. Dieser Wille wird das vom „Echo de Paris“ zur Wahlpropaganda herausgegebene Plakat ruhig weiterverbreitet.

Keine Betrügnung der 26-Prozent-Abgabe.

Auch die in Deutschland so hart empfundene 26-prozentige Reparationsabgabe auf eingeführte deutsche Waren will Frankreich nicht fallen lassen, obwohl England sich mit der Abschaffung dieser Willkürmaßregel einverstanden erklärt hat. Wie von maßgebender Pariser Stelle mitgeteilt wird, sind die vor einigen Tagen begonnenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Reparationskommission über eine Änderung der Erhebungsmethode der 26-prozentigen Reparationsabgabe gescheitert. Die Besprechungen wurden vorläufig vertagt. Man erwartet, daß die deutsche Regierung neue Vorschläge unterbreiten wird, die von der Reparationskommission im Verlaufe des Monats Januar geprüft werden sollen.

ohne Rücksicht auf den Betrag der Ermäßigung im einzelnen Falle

Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er 1 bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate eine Reichsmark monatlich, 2 bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen 0,25 Reichsmark wöchentlich nicht übersteigt. Die Kleinbeträge sind also gegenüber der bisherigen Regelung um ein Viertel erhöht worden.

Der Aufbau Ostpreußens.

Die beschlossenen Maßnahmen zur Hilfe.
Nachdem Reichskabinett und preussisches Ministerium den besonderen Hilfsmaßnahmen für Ostpreußen gemeinsam zugestimmt haben, soll unverzüglich mit den Arbeiten in dieser Richtung begonnen werden. Zur Behebung der in Ostpreußen durch die Preisverträge geschaffenen ungleichartigen wirtschaftlichen Lage sind Erleichterungen für die landwirtschaftlichen Kredite sowohl durch Ermäßigung des Absatzes von Pfandbriefen zu angemessenen Bedingungen als auch durch Beschaffung zweifelhafte Realcredits vorgesehen. Für den landwirtschaftlichen Kleinbesitz sollen dabei gleichzeitig andere nicht subventionär gesicherte Darlehensformen ermöglicht werden. Neben dieser Umwandlung drückender schwebender Schulden in länger befristeten Kredit zu tragbaren Bedin-